

# Ein Jahrzehnt im Lager der Schande

Das Gefangenelager in der US-Militärbasis Guantánamo Bay auf Kuba ist die wohl umstrittenste Einrichtung der Vereinigten

Staaten. US-Präsident Obama ordnete 2009 die Schließung des Lagers an. Das Vorhaben scheiterte. Ein Jahrzehnt nach dem Ein-

treffen der ersten Gefangenen steht Guantánamo nach wie vor für Willkür im „Krieg gegen den Terrorismus“.

## Barack Obama macht Guantánamo doch nicht dicht

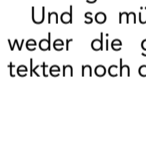
VON GABRIELE CHWALLEK

WASHINGTON. US-Präsident Barack Obama spricht nur noch selten von Guantánamo Bay. Das war vor vier Jahren ganz anders. Da geißelte der Wahlkämpfer Obama die andauernde Interrierung hunderter Terrorverdächtiger ohne Gerichtsverfahren immer wieder als „trauriges Kapitel in der US-Geschichte“. Da versprach er, im Fall seines Sieges das international als Schandfleck kritisierte Lager dichtzumachen.



Barack Obama

Aus den Versprechen ist nichts geworden. Im Gegenteil. Heute besteht „Gitmo“ schon zehn Jahre, und der Präsident hat just ein Gesetz unterzeichnet, das weiterhin grünes Licht für die unbegrenzte Gefangenschaft Terrorverdächtiger auch ohne Prozesse gibt. Damit ist klar: Das Lager auf Kuba bleibt auf lange Sicht bestehen. Menschenrechtler und liberale Kreise haben dagegen protestiert, Ben Wizner von der größten US-Bürgerrechtsorganisation ACLU etwa spricht von einem „neuen krasen Bruch mit der Rechtsstaatlichkeit“. Aber sonst blieb es weitgehend still, auch im Ausland, das sich doch während der Bush-Ära häufig lautstark über das rechtliche Niemandsland für Amerikas Terrorgefangene entrüstet hatte. Wie es scheint, ist mittlerweile so etwas wie Gewohnheit eingekehrt.



George W. Bush

Und so müssen wohl auch weder die geistigen Architekten noch die heutigen Ver-

walter des Lagers befürchten, dass sie zum „Jubiläum“ auf breiter Front als Menschenrechtsverletzer an den Pranger gestellt werden.

Es war der 11. Januar 2002, genau vier Monate nach den Anschlägen vom 11. September, als die ersten 20 Gefangenen im amerikanischen Antiterrorkampf aus Afghanistan in das Lager gebracht wurden. Auf Bildern des US-Fernsehens sah man sie dort im Camp X-Ray auf dem Boden knien, in Käfigen, wie man sie sonst aus dem Zoo kennt.

Die Drahtgehege gehören längst der Vergangenheit an, auch ist die Zahl der Insassen deutlich geschrumpft. Aber immer noch 171 Gefangene aus über 20 Ländern wurden nach Pentagon-Angaben Ende 2011 in Guantánamo festgehalten.

Insgesamt waren es seit Anfang 2002 knapp 780, ein großer Teil aus dem Jemen. Im Laufe der Jahre transferierten die USA mehr als 600 Gefangene in andere Staaten, so auch nach Deutschland. Lediglich sieben Guantánamo-Häftlinge wurden bisher verurteilt – sechs von ihnen von einer der umstrittenen Militärkommissionen, die der Republikaner George W. Bush eigens für Verfahren gegen die „Gitmo“-Terrorverdächtigen geschaffen hatte. Die Obama-Administration will dutzenden der noch verbliebenen Gefangenen den Prozess machen, dutzende weitere sollen freigelassen werden, wenn sich denn Aufnahmeland finden.

Aber wie etwa die Organisation Amnesty International betont, machte die Regierung auch 48 Gefangene aus, die weder vor eine Militärkommission gestellt noch auf freien Fuß gesetzt werden sollen. Man hält sie für gefährlich, aber die Beweise reichen für einen erfolgversprechenden Prozess nicht aus. Das bedeutet Gefangenschaft mit

offenem Ende – auch unter Obama. „Es ist eine traurige Geschichte mit vielen Autoren“, sagt Wizner von der ACLU. Immerhin ist aber seit 2009 kein neuer Gefangener mehr in das Lager gebracht worden. Aber das ist wahr-

scheinlich kein Lichtblick für die derzeitigen Dauerinsassen, die am 11. Januar ein Jahrzehnt Gefangenschaft in „Gitmo“ vollmachen, ohne dabei jemals einen Richter zu Gesicht bekommen zu haben.

## „Auch in Polen wurden CIA-Gefängnisse eingerichtet“

Barbara Lochbihler war Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International. Seit fast zweieinhalb Jahren sitzt sie für die Grünen im Europaparlament.

VON PETRA RÜCKERL

Warum gibt es das Lager nach zehn Jahren noch?

Der neue US-Präsident Barack Obama wollte dieses, wie er sagte, irreführende

Experiment seines Vorgängers George W. Bush beenden. Von den 800 Menschen, die dort waren, gibt es noch immer 171 Gefangene. Mit einem neuen Gesetz wird indirekt geregelt, dass kein Staatsgeld ausgegeben werden darf, um die 171 Gefangenen auf US-Festland zu verlegen. De facto bedeutet das, dass man Guantánamo auf ewig bestehen lässt. Es ist sehr enttäuschend, dass Obama nicht konsequent genug gehandelt hat, um das Lager zu schließen.

Silvester unterschrieb er dieses neue Anti-Terror-Gesetz, das Guantánamo manifestiert. Warum macht er das?

Er will wieder Präsident werden. Und deswegen setzt er immer weniger von dem um, von dem er persönlich überzeugt ist. Dieses Gesetz gehört zur neuen Militärstrategie. Bereits jetzt entschuldigt er sich für seine Handlungen und argumentiert, der Kongress hätte ihn quasi dazu gezwungen. Tatsächlich will er sich vor den konservativen Wählern als der harte Typ darstellen, das ist einfach Wahlkampf.

Was steht in dem Gesetz?

Nur in extremen Ausnahmefällen könnten Guantánamo-Gefangene vor Zivilgerichten ihren Prozess bekommen, sonst sind Militärgerichte zuständig. Verbessert hat sich, dass extreme Verhörmethoden, also Foltermethoden wie Waterboarding, nicht mehr von den Militärbehörden angewendet werden dürfen. Egal, wo sie sich befinden. Aber zu den Terrorbekämpfungsmaßnahmen gehört dazu, dass das US-Militär im Ausland Gefangenelager einrichten darf. Wir wissen aus dem Lager in Bagdad, dass Leute gefoltert wurden, dass Menschen ohne juristischen Schutz, ohne Wissen ihrer Angehörigen gefangen gehalten wurden.

Was kritisieren Sie noch?

Weiterhinsteht in dem Gesetz, dass das US-Militär innerhalb und außerhalb der USA festnehmen und verhören darf, ohne zeitliche Beschränkung. Das ist gegen alle Rechtsgrundsätze. Nicht-US-Angehörige dürfen in Militärgefängnissen genommen werden, wenn man sie verdächtigt, zu Al Kaida zu gehören. Und die US-Regierung darf Terrorverdächtige ohne Gerichtsverfahren festsetzen. Das ver-

stößt gegen US-Recht und gegen internationale Menschenrechtsstandards.

Gibt es Widerstand in den USA dagegen?

US-bundesweit werden heute große Demonstrationen organisiert. Diese Menschenrechtsgruppen hatten Obama einst unterstützt. Es werden Petitionskampagnen gestartet. Sie wollen ihm nun klar machen, dass er zu weit geht. Dass er mit den Gesetzen etwas fest schreibt, das von einem Nachfolger, der womöglich viel härter ist als er, genutzt werden kann, um die Befugnisse noch zu erweitern.



Barbara Lochbihler

Aus Europa hört man keine Kritik mehr ...

Das stimmt. Es wird zwar nach wie gefordert, Guantánamo zu schließen, wenn man danach fragt, aber es wird nichts aufgearbeitet, was in EU-Mitgliedsstaaten passiert ist, und dort wird auch gemauert. Wir kommen bei EU-Mitgliedsländern wie Polen, Litauen, Bulgarien, Rumänien nicht weiter. Dort wurde das CIA-Verschleppungs- und Kidnappingssystem angewendet. Das muss aufgeklärt werden.

Was weiß man?

In Polen etwa wurden CIA-Gefängnisse eingerichtet, man weiß, wo sie waren, und man weiß teilweise, wer dort war. Man weiß, wer heute noch in Guantánamo sitzt und dort gefoltert worden ist. In einem konkreten Fall hatten wir im Parlament eine Resolution verabschiedet. Einem Mann aus Saudi-Arabien drohte in Guantánamo die Todesstrafe, seine Aussagen waren durch Waterboarding in einem polnischen Gefängnis entstanden.

Also kommen Folterer ungestraft davon, wenn sie auf der richtigen Seite stehen?

Die Menschen, die man wie den Bremer Murat Kurnaz eindeutig als Opfer identifiziert hat, haben keinerlei Wiedergutmachung erhalten. Überall dort, wo Geheimdienstler mit tätig waren, um diese Dinge zu unterstützen, wurden nicht konsequent Lehren gezogen, um künftig menschenrechtskonform zu arbeiten.



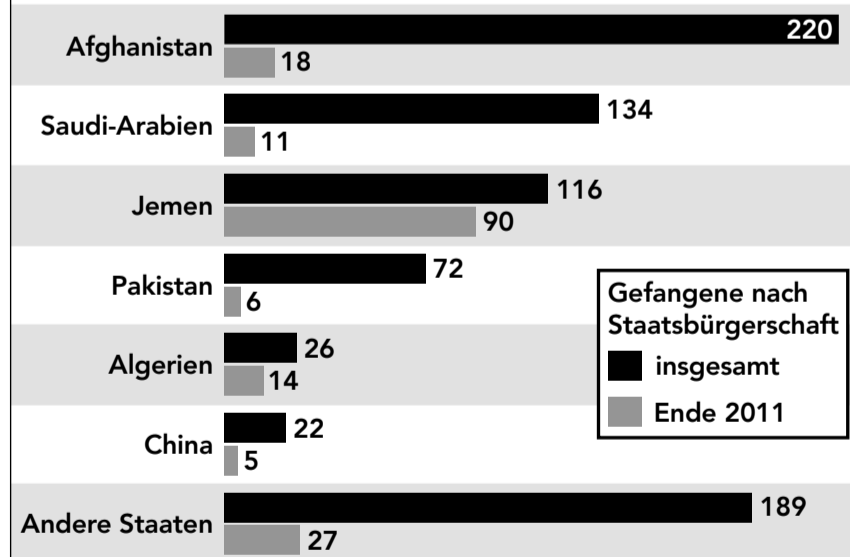
MENSCHEN HINTER STACHELDRAHT: Diese Bilder aus dem Gefangenelager Guantánamo schockierten die Welt – heute interessieren sich nicht mehr viele dafür.



OHNE PERSPEKTIVE: Die meisten Gefangenen kommen gar nicht erst vor einen Richter.

## Gefangen in Guantánamo

Insgesamt 779 Terrorverdächtige waren seit 2002 auf dem US-Marinestützpunkt inhaftiert. Ende 2011 zählte das Gefangenelager dort noch 171 Insassen.



dpa-15956

Quelle: New York Times

# Aigner: Antibiotika-Einsatz im Stall minimieren

Gesetzentwurf aus dem Verbraucherministerium geht Tierschützern nicht weit genug

Die Regierung will dem Antibiotika-Einsatz in der Tiermast einen Riegel vorschieben. Kritikern gehen die Konsequenzen nicht weit genug.

VON SASCHA MEYER

BERLIN. Schärfere Kontrollen, strengere Regeln: Tierärzte sollen Antibiotika bei der Massenhaltung von Hühnern oder Schweinen nur noch in engeren Grenzen einsetzen dürfen. Das geht aus einem gestern vorgestellten Gesetzentwurf des Bun-

desverbraucherministeriums hervor. Danach sollen etwa die Regeln zur Anwendungsdauer und Dosierung verschärft werden. Zudem erhalten die Überwachungsbehörden einen besseren Zugriff auf Daten. Das Gesetz, dem der Bundesrat zustimmen muss, könnte im Herbst in Kraft treten.

Ministerin Ilse Aigner (CSU) sagte: „Wir brauchen jetzt eine konzentrierte Aktion.“ Die Anwendung von Antibiotika müsse auf ein Minimum beschränkt werden. Dazu kämen eine konsequente Überwachung und Ahndung von Verstößen durch

die zuständigen Länder. Antibiotika dürfen nur zur Behandlung kranker Tiere eingesetzt werden. Studien der Landesministerien in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen hatten aber ergeben, dass bis zu 96 Prozent der Masttiere damit behandelt werden. Über den Verzehr von Lebensmitteln können Menschen Keime aufnehmen, die gegen Antibiotika unempfindlich sind. Das kann dazu führen, dass die Arznei auch bei kranken Menschen nicht anspricht. Konkret plant Aigner Änderungen des Arzneimittelgesetzes, die die alltägliche Verschrei-

bungspraxis von Tierärzten spürbar beschränken. So sollen sich Veterinäre strikt an die Anwendungsbestimmungen auf der Packungsbeilage halten müssen. Bisher können sie aus fachlichen Erwägungen je nach Fall auch von der Dosierung oder der Dauer der Anwendung abweichen.

Umwelt- und Verbraucherschützer kritisierten die Pläne als unzureichend. Die Grünen nannten die Pläne Flickschusterei. Notwendig sei, das System der Massentierhaltung grundsätzlich zu verlassen. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz

(BUND) forderte die Beseitigung von Anreizen für Tierärzte, möglichst viele Antibiotika zu verkaufen. Der Vorstand des Verbraucherzentrale-Bundesverbands, Gerd Billen, verlangte in den „Ruhr-Nachrichten“ einen Plan, innerhalb von zehn Jahren zu einer völlig antibiotikafreien Tiermast zu kommen.

Bauernpräsident Gerd Sonnleitner verwies allerdings darauf, dass der Antibiotika-Einsatz in der Landwirtschaft bei steigender Produktion gesunken sei. Kranke Tiere müssten aber therapiert werden: „Alles andere wäre Tierquälerei.“



VIELE HÄHNCHEN, VIELE ANTIBIOTIKA: Artgerecht ist anders, sagen Tierschützer.